

Reisebericht Tunesien (08. – 11. August 2023)

Tunesien, in seiner Fläche etwa halb so groß wie Deutschland, galt lange als Leuchtturmdemokratie in Nordafrika. Im Zuge großer wirtschaftlicher Missstände und weit verbreitetem Unmut gegen das autoritäre Regime von Präsident Ben Ali kam es ab Januar 2011 zu heftigen Aufständen, die als „Jasmin-Revolution“ bekannt wurden. Symbolhafter Auslöser dieser Proteste war der Tod des 26-jährigen Mohamed Bouazizi. Nachdem die Polizei dessen Obst- und Gemüsestand konfisziert hatte, zündete sich der junge Mann aus Wut und Verzweiflung an und starb. Die Entwicklungen in Tunesien lösten eine ganze Welle an Protesten in der arabischen Welt aus, die als „Arabischer Frühling“ in die Geschichte eingegangen sind.

Bereits kurz nach Beginn der Proteste in Tunesien flüchtete Machthaber Ben Ali nach 23 Jahren Diktatur ins Exil. Im Oktober 2011 wählten die Tunesierinnen und Tunesier daraufhin eine Verfassungsgebende Versammlung. Die im Februar 2014 verabschiedete Verfassung führte demokratische Grundrechte wie Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit ein. Außerdem garantierte sie Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie die Gleichstellung von Mann und Frau. Die Macht wurde zwischen Präsidial- und Premierministeramt, Parlament und einem zu schaffenden Verfassungsgericht aufgeteilt. Damit sollte Gewaltenteilung garantiert werden.

Seit 2011 ist Deutschland umfangreich in Tunesien engagiert. Unsere bilaterale Entwicklungszusammenarbeit umfasst viele Bereiche wie Wasser, Erneuerbare Energien und Beschäftigung. Auch unterstützen wir gezielt die tunesische Zivilgesellschaft. Als Tunesien im vergangenen Jahr aufgrund der russischen Aggression gegen die Ukraine unter stark gestiegenen Weizenpreisen litt, haben wir eine Nothilfe von ca. 25 Mio. Euro bereitgestellt, um der tunesischen Bevölkerung direkt zu helfen.

Ich konnte bereits 2015 und 2016, damals in meiner Funktion als Abgeordnete und Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, die junge Demokratie Tunesien besuchen und war von all diesen Errungenschaften sehr beeindruckt. Meine diesjährige Reise nach Tunis, dieses Mal in meiner Funktion als Staatsministerin im Auswärtigen Amt, stand unter einem anderen Stern. 2021 setzte der 2019 gewählte, parteilose Präsident Kais Saied die gewählte Regierung ab und suspendierte

das Parlament. Der Hohe Justizrat wurde 2022 durch ihn aufgelöst. Seit Februar dieses Jahres ist es vermehrt zu Inhaftierungen von Oppositionellen, Medienschaffenden und Aktivisten gekommen. Schockierend sind insbesondere auch die aktuellen Berichte über das Schicksal von Geflüchteten und Migrant*innen im tunesischen Grenzgebiet zu Libyen und Algerien.

Im Rahmen meiner Reise vom 08. – 11.08.2023 nach Tunis war es mir wichtig, diese Entwicklungen anzusprechen. Auch wollte ich mich zum Stand der Verhandlungen zwischen der tunesischen Regierung und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) erkundigen. Tunesien durchlebt eine schwere Finanzkrise. Verschiedene Grundnahrungsmittel werden durch den Staat stark subventioniert, zudem sind sehr viele Personen im öffentlichen Dienst beschäftigt. Eine Reform dieser Strukturen ist notwendig, damit das Land Geld vom IWF erhalten kann. Für uns als Bundesregierung ist es wichtig, dass die direkte Auszahlung von Finanzhilfen an die tunesische Regierung an Reformen geknüpft wird. Für diese Herangehensweise werben wir auch innerhalb der Europäischen Union.

Nach meinen Auftaktgesprächen im Außenministerium in Tunis fuhr ich zu meinem Gespräch mit Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses. Das tunesische Parlament hat sich im März 2023 neu konstituiert. Bei den Wahlen im Dezember/Januar lag die Wahlbeteiligung allerdings nur bei rund 11%. Der Frauenanteil ist durch das geänderte Wahlrecht auf ca. 10% gesunken. Der überwiegende Teil des Parlaments unterstützt den Präsidenten.

Im Gespräch mit den Abgeordneten erkundigte ich mich nach den parlamentarischen Verfahren und nach ihrer Einschätzung der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Land. Auch die Lage der Geflüchteten war ausführlich Thema.

Beim Fahren auf das Gelände des beeindruckenden tunesischen Parlaments wurde ich an den furchtbaren Terroranschlag aus dem Jahr 2015 erinnert, bei dem im angrenzenden Nationalmuseum von Bardo über 20 Menschen ums Leben kamen.

In persönlichen Gesprächen mit Geflüchteten und Migrant*innen erfuhr ich von erschreckenden Schicksalen. Viele Betroffene sind von den Erlebnissen in ihren unterschiedlichen afrikanischen Herkunftsländern und den menschenunwürdigen Umständen ihrer Reise schwer traumatisiert. So sprach ich z.B. mit einer Frau aus dem Ostkongo, die Opfer sexueller Gewalt

geworden ist und deren Familie auf der Flucht ermordet wurde. Laut UNHCR halten sich aktuell 9.000 registrierte Geflüchtete in Tunesien auf, dazu kommen viele tausende mehr ohne Registrierung. Viele sind informell beschäftigt. Eine nationale Migrationsstrategie und Asylgesetzgebung gibt es bislang nicht. Es kommt zu teils sehr schweren Spannungen zwischen der lokalen und der zugewanderten Bevölkerung. Dies führt mitunter dazu, dass Migrant*innen und Geflüchtete ihre Unterkunft bzw. ihren Arbeitsplatz verlieren und in immer größerer Zahl die Überfahrt in Richtung Europa antreten.

Ich habe mir auch selbst ein Bild von der Arbeit des UNHCR und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) machen können, die vor Ort mit deutscher Unterstützung versuchen, den Menschen in ihrer schlimmen Lage weitestgehend zu helfen. Beide Organisationen setzen sich dafür ein, Zugang zu den Menschen entlang der tunesischen Grenze zu bekommen. Dieser ist leider nach wie vor sehr eingeschränkt. Deshalb ist auch unklar, wie viele Menschen sich tatsächlich in diesen Gebieten aufhalten. Sie müssen dringend versorgt und in Sicherheit gebracht werden. Wie es danach für diese Menschen weitergehen kann, bleibt eine schwierige Frage. Nur sehr wenige von ihnen haben Aussicht auf eine dauerhafte Umsiedlung in einen aufnahmebereiten Drittstaat (Resettlement). Deshalb ist es wichtig, Lösungen für besonders gefährdete und schutzbedürftige Menschen zu finden, z.B. für Personen, die aufgrund ihrer sexuellen Identität sonst völlig chancenlos wären.

Im Umweltministerium gab es ein unerwartetes Wiedersehen. Schon 2016 hatte ich mit der heutigen Ministerin in ihrer Funktion als Mitglied des provisorischen Verfassungsgerichts einen intensiven rechtspolitischen Austausch. Schon damals hat sie mich sehr beeindruckt. Unter ihrer Führung ist in Tunesien eine umfassende Novellierung der Umweltgesetzgebung auf dem Weg. In den Bereichen Umwelt, Energie und Klima arbeiten Tunesien und Deutschland sehr gut miteinander zusammen. Dies wollen wir fortsetzen, insbesondere in den Bereichen erneuerbare Energien und Wasserstoff.

Die Zivilgesellschaft in Tunesien ist sehr aktiv. Bei meinen Treffen mit Feminist*innen, Anwält*innen und Aktivist*innen war ich sehr beeindruckt von ihrer Arbeit. Sie setzen sich für den Schutz von Grundrechten und Gewaltenteilung ein und betonen die Wichtigkeit einer funktionierenden Medien- und Parteienlandschaft. Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind auch Gegenstand der Arbeit der

tunesischen Menschenrechtsliga (LTDH), der tunesischen Anwaltskammer (ONAT) sowie der Gewerkschaft UGTT. Das „Tunesische Quartett“, bestehend aus diesen drei Organisationen und dem Arbeitgeberverband, erhielt 2015 den Friedensnobelpreis! Damit wurde es für seine Bemühungen um die Demokratisierung und den nationalen Dialog nach der Revolution 2011 ausgezeichnet. Eine Wiederaufnahme dieser breit getragenen Dialoginitiative mit der Regierung ist derzeit in weite Ferne gerückt.

Tunesien hat eine jahrtausendealte Geschichte. Ich war sehr beeindruckt von meinem Besuch von zwei Ausgrabungsprojekten des Deutschen Archäologischen Instituts (DAI) am Ende meiner Reise. Das DAI wird mit Mitteln des Auswärtigen Amtes finanziert. Gemeinsam mit dem tunesischen Institut National du Patrimoine (INP) gräbt das DAI in den historischen Ruinen Karthagos, das heute ein Vorort der Hauptstadt Tunis ist. Die damalige Handelsmetropole Karthago wurde um 900 v.Chr. errichtet. In den Ruinen lassen sich Spuren bis ins 8. Jahrhundert v.Chr. zurückverfolgen. 146 v.Chr. wurde Karthago vollständig von den Römern zerstört und 100 Jahre später als Hauptstadt der römischen Provinz Africa wiederaufgebaut. Nach einer fortschreitenden Christianisierung ab 400 eroberten gegen Ende des 7. Jahrhunderts Araber Karthago und trieben die Islamisierung des Landes voran. Heute ist der Islam Staatsreligion in Tunesien. Im Jahr 1883 wurde Tunesien französische Kolonie und erlangte erst 1956 seine Unabhängigkeit. Deshalb sprachen nahezu alle meine Gesprächspartner*innen neben Arabisch auch fließend Französisch.

Das geschichtsträchtige Land Tunesien hatte in den Jahren nach 2011 viel erreicht. In der aktuell schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Lage stehen wir weiter an der Seite der tunesischen Bevölkerung und unterstützen sie in ihrem Bestreben nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.